

An die Adressaten
gemäss Liste am Schluss des Briefes

Altdorf, 20. August 2014 / pH

Vernehmlassung zum Leitbild Integration: Ergebnis der Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat hat mit Beschluss vom 11. März 2014 der Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) den Auftrag erteilt, zum Leitbild Integration eine Vernehmlassung durchzuführen. Die Vernehmlassung fand zwischen dem 21. März 2014 und 30. Mai 2014 statt.

Das Ergebnis der Vernehmlassung lässt sich wie folgt zusammenfassen:

22 der 42 Angeschriebenen haben geantwortet, davon haben zwei auf eine Stellungnahme verzichtet. 20 der Vernehmlassenden sind im Grundsatz mit einem Leitbild zur Integration einverstanden.

Bemerkungen zur Einleitung

In mehreren Antworten wird der Wunsch zur Präzisierung des Gegenstandes des Leitbildes im Titel geäussert. Die Bezeichnung „Leitbild Integration“ kann gesamtgesellschaftlich verstanden werden und nicht nur explizit für die Zielgruppe von Migrantinnen und Migranten. Ebenfalls zeigt die Vernehmlassung, dass es wichtig ist, den Zweck und die Adressatinnen und Adressaten eines Leitbildes zu präzisieren.

Vereinzelt werden Präzisierungswünsche geäussert, die das Integrationsverständnis betreffen. Der Wandel vom ehemaligen Assimilationsverständnis hin zum heutigen Integrationsverständnis soll in der Einleitung aufgezeigt werden. Auch die langjährige Integrationserfahrung, welche der Kanton Uri als Transitkanton hat, soll laut CVP eingearbeitet werden.

Einige Vernehmlassende weisen auf die Wichtigkeit der Verbundaufgabe zwischen Gemeinden, Kanton und Bund für die Arbeit an einem gelingenden Zusammenleben der Gesellschaft. Die Umsetzung von Massnahmen sehen drei Vernehmlassende als eher kritisch. Da

diese vielleicht nicht genutzt würden, Mehrkosten zur Folge haben könnten oder die Pflicht zur Umsetzung zu stark Kanton, Gemeinden und Behörden überlassen würde.

Die SVP fordert von Migrantinnen und Migranten mehr Anpassung und die Akzeptanz unserer Lebens- und Denkweise. Sie verlangt, dass in der Einleitung die Bedeutung des Schweizer Rechtssystems hervorgehoben wird. Sowohl die SVP und die FDP wünschen sich deutlichere Hinweise auf die Pflichten der Migrantinnen und Migranten. Die SP dagegen weist darauf hin, dass sich die Erwartungen nicht nur einseitig an die Migrantinnen und Migranten richten dürfen und die Gesellschaft ebenfalls eine Verantwortung hat.

Bemerkungen zu den Leitsätzen

Allgemein:

Es wird begrüsst, dass sich der Grundsatz von „Fordern und Fördern“ auch im Leitbild niederschlägt. Unterstützungsangebote seien wichtig, jedoch müssten auch die Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten eingefordert werden.

In mehreren Stellungnahmen wird dargelegt, dass die Leitsätze als Zielvision zu begrüssen seien. Die Erreichung dieser Ziele wird jedoch infrage gestellt. Es wird darauf hingewiesen, dass Integrationsmassnahmen zwingend auf bestehende Angebote aufbauen und in ihrer Wirkung verbessert werden müssen, damit sie kostenneutral vorangetrieben werden können.

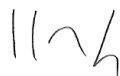
Weiter werden zu den einzelnen Leitsätzen Vorschläge für Präzisierungen und Erläuterungen gemacht.

Sie finden die vollständige Auswertung der Antworten im Wortlaut im Internet unter www.ur.ch (Aktuelles - Vernehmlassungen).

Gerne benutze ich die Gelegenheit, Ihnen für Ihre Mitarbeit herzlich zu danken. Das Leitbild wird aufgrund der Ergebnisse der Vernehmlassung angepasst. Als nächstes wird sich die Fachkommission Integration mit dem Leitbild befassen. Die Verabschiedung durch den Regierungsrat ist im Monat November 2014 geplant.

Freundliche Grüsse

Bildungs- und Kulturdirektion



Beat Jörg, Regierungsrat

Geht an:

- Politische Parteien (inklusive Jungparteien)
- Gemeinden
- Migrantenorganisationen
- Wirtschaft Uri
- Gewerkschaftsbund
- Hilfswerk der Kirchen
- Landeskirchen
- SRK, Kantonalverband Uri
- Mitglieder Fachkommission Integration